Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

Information 1 / 2026

Doris Pumphrey
Die Friedensbewegung in Deutschland im Spannungsfeld zwischen der alten, vom NATO-Westen dominierten Welt und der sich entwickelnden neuen multipolaren Weltordnung

George Pumphrey
Russlands Intervention und das internationale Recht

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Januar 2026

Russland ist
NICHT
unser Feind !!
Мир и
Дружба !
STOPPT
Hetze gegen
Russland !
Мир и
Дружба !

Vorwort

Die folgenden Beiträge von Doris und George Pumphrey belegen, wie unsere Kundschafter des Friedens bis heute Aufklärungsarbeit leisten – früher in ihrem politischen Einsatz auch an der unsichtbaren Front.

Doris und George stehen seit den 1960ziger Jahren im Kampf für eine gerechte und friedliche Welt, gegen Rassismus, Faschismus und Krieg. Ihre gemeinsamen Stationen führten von der BRD, den USA über Kanada und Frankreich wieder in die BRD. Verfolgt, verhaftet, abgeschoben, auf der Flucht, aber immer aktiv für die gute Sache, gaben sie nie auf. Ihre Überzeugung und internationale Solidarität verliehen ihnen die Kraft, auch schwierigste Situationen durchzustehen.

Die Verbrechen des deutschen Faschismus vor allem in der Sowjetunion, die reaktionäre Politik in der alten Bundesrepublik und die Entstehung eines friedlichen, antifaschistischen Deutschlands führten sie zu der Entscheidung, für die DDR als Kundschafter zu arbeiten. Auch ihre Verfolgung und Verurteilung durch die westdeutsche Klassenjustiz nach der Annektion der DDR 1990 konnten sie nicht beugen.

Doris und George Pumphrey haben sich über viele Jahre im Widerstand gegen imperialistische Kriege und für die Sicherung des Friedens im Kalten Krieg engagiert. Heute, am Rande eines heißen Krieges, liefern sie als Friedensaktivisten wertvolle Einsichten und Erkenntnisse über die Ursachen der gegenwärtigen akuten Kriegsgefahr und Möglichkeiten einer effektiveren und stärkeren Friedensbewegung.

Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit – das ist der Anspruch, dem Mitglieder und Sympathisanten der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH) in Zeiten von Militarisierung, Hochrüstung und Kriegsvorbereitung und dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte verpflichtet sind.

Hans Bauer Dieter Stiebert

„Die uns allen gemeinsame Motivation bestand objektiv darin, einen Beitrag zum Schutz des ersten sozialistischen Staates in Deutschland zu leisten und damit dem Frieden zu dienen. Wir haben, glaube ich, auch durch unsere Haltung nach der Niederlage zeigen können, dass die DDR-Auslandsaufklärung eine besondere moralische und politische Qualität hatte“.

Botschaftsrat Klaus von Raussendorff, Jahrgang 1936, bis 1990 im Auswärtigen Amt, zu sechs Jahren Haft verurteilt, Aufklärer des MfS seit 1961.

Aus: „Top-Spione im Westen“, Edition Ost 2008

Impulsreferat von Doris Pumphrey anlässlich der Präsentation des Sammelbandes „Militarisierung der Gesellschaft – von der Glückssüchtigkeit zur Kriegsbereitschaft“ der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) am 24.10.2025

In meinem Beitrag unter dem Titel: „*Die Friedensbewegung in Deutschland im Spannungsfeld zwischen der alten, vom NATO-Westen dominierten Welt und der sich entwickelnden neuen multipolaren Weltordnung“* behandle ich grundlegende Probleme der Friedensbewegung, auf die ich auch hier zurückkomme und z.T. auch zitiere. Vorausschicken möchte ich, dass meine Erfahrungen auf eigenem Engagement in der Friedensbewegung seit den 80er Jahren basieren.

Ich lasse die Mobilisierung für Palästina außen vor, in der viele Aktive der Friedensbewegung engagiert sind, die aber im Wesentlichen von Kräften außerhalb der Strukturen der Friedensbewegung getragen wird.

Die Friedensbewegung ist per se nicht homogen. Mit ihren vielen Gruppierungen treffen unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche ideologische und politische Positionen aufeinander. Auf diese kann ich hier nicht eingehen. Es geht mir um die, in der BRD geprägte „traditionelle“ oder „alte“ Friedensbewegung, wie sie in ihrer Mehrheit nach außen erscheint.

40 Jahre zwei deutsche Staaten

Zur Hochzeit der Friedensbewegung in den 1980er Jahren bestimmte die Bipolarität USA/Sowjetunion die geopolitischen Auseinandersetzungen. In der Friedensbewegung war das Bewusstsein über die politischen und militärischen Fronten prägend. NATO und Warschauer Vertrag standen sich gegenüber – und die BRD der DDR.

Dieses Gegenüber von BRD und DDR möchte ich hier besonders betonen, weil die „traditionelle“ Friedensbewegung durch ihre BRD-Prägung auch nach 35 Jahren Gesamtdeutschland fast ausschließlich westdeutsch denkt und handelt.

Es ist immer wieder auffällig, wie viele, auch linke „Wessis“ heute ganz selbstverständlich von „Deutschland“ sprechen, wenn sie die Zeit der alten BRD meinen. Die 40 Jahre Existenz zweier sehr unterschiedlicher deutscher Staaten existiert in ihrem Denken nicht, obwohl dies für die Betrachtung nicht nur der deutschen Nachkriegsgeschichte wesentlich ist. Das Bewusstsein und die Kenntnis darüber, dass es 40 Jahre lang einen deutschen Friedensstaat gab, wäre gerade im Kampf gegen die gegenwärtige Kriegspolitik hilfreich.

Der Staatsapparat der BRD wurde durch Beteiligung hochrangiger Nazis und SS-Veteranen aufgebaut. Sie hatten Führungspositionen in der Wirtschaft, Politik und Justiz, in den Geheimdiensten und natürlich auch in der Bundeswehr, die – ganz im Interesse der NATO – gegen die Sowjetunion gegründet worden war.

Im Bundestag der alten BRD saßen über viele Jahre ehemalige NSDAP-Mitglieder. In den 50er Jahren sorgte der Bundestag dafür, dass selbst ehemalige Angehörige der Waffen-SS rehabilitiert wurden und uneingeschränkte Rentenversorgung erhielten. Den

„*Nachkriegskonsens: Keine Zusammenarbeit mit extremen Rechten*“, den Olaf Scholz herbei fantasierte, hat es nie gegeben.

Der Krieg gegen andere Länder und deren Ausplünderung im Interesse der Konzerne als Hauptmerkmal des deutschen Faschismus wurde in der BRD beschwiegen. Der Nazi-Faschismus wurde systematisch auf den Völkermord an Juden reduziert. Der Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der 27 Millionen Opfer und verbrannte Erde hinterließ, wurde nie aufgearbeitet.

Das wirkt sich bis heute aus auf die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel und Russland. Deutsche Staatsraison bedeutet Unterstützung des israelischen Völkermords an den Palästinensern. Die geopolitische Hauptstoßrichtung deutscher Außen- und Kriegspolitik, begleitet von faschistoider Russophobie, richtet sich heute gegen Russland.

Die DDR wurde von antifaschistischen Widerstandskämpfern aufgebaut. Die Aufklärung über die Wurzeln des Faschismus und welchen Interessen er diente, war Teil der Bildung in der DDR. In der DDR waren Frieden, Antifaschismus und antiimperialistische Solidarität politische Grundlage und gesellschaftliche Aufgabe. Freundschaft mit der Sowjetunion wurde von beiden Seiten gefördert und auf vielen Ebenen gepflegt. Das wirkt bis heute nach: Die Verbrechen des deutschen Faschismus spielen für die Ostdeutschen aufgrund ihres Geschichtsbewusstseins eine unvergleichlich höhere Rolle als für die Westdeutschen. Ihr Widerstand gegen die NATO-Propaganda von der russischen Bedrohung und Notwendigkeit der Aufrüstung zur Kriegsfähigkeit ist entsprechend.

Unipolare Welt und Distanzierungsrituale der Friedensbewegung

Mit dem Verschwinden des Friedensstaates DDR und der Sowjetunion, bzw. des Warschauer Vertrages, legte die BRD jede außen- und militärpolitische Zurückhaltung ab, die ihr die Nachkriegsordnung auferlegt hatte: Von der Teilnahme an der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien 1999, bis zur Unterstützung des NATO-Stellvertreter-Krieges in der Ukraine gegen Russland.

Der Verlust der antiimperialistischen DDR und sozialistischen Staatengemeinschaft führte zur allgemeinen Schwächung der politischen Linken. Antiimperialistische Koordinaten gerieten durcheinander. Der hegemoniale US-Imperialismus gewann auch ideologisch an Einfluss. Vom Westen finanzierte und instruierte „Menschenrechts“-NGOs wurden ein wichtiges Instrument der hybriden Kriegsführung, auch in den sog. Farbrevolutionen an der Peripherie Russlands.

Zur Vorbereitung der Regime-Change Operationen in Ländern, die sich dem US-Diktat nicht unterordnen wollten, wurden in groß angelegten westlichen Medienkampagnen und mit Hilfe von NGOs deren Staatsoberhäupter dämonisiert. Das blieb nicht ohne Wirkung auf erhebliche Teile der Friedensbewegung.

Um „glaubwürdig“ zu sein, distanzierten sich viele ihrer Akteure vom jeweils dämonisierten Staatsoberhaupt. In der Konsequenz blieb die Mobilisierung gegen die sog. „humanitären Interventionen“ zum „Schutz der Menschenrechte“ äußerst schwach.

Diese Distanzierungsrituale im Sinn der USA, NATO und EU schwächten die Friedensbewegung nachhaltig.

Friedensbewegung und der NATO-Krieg gegen Russland

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Zugriff westlicher Konzerne und russischer Oligarchen auf die Reichtümer Russlands, schien der Imperialismus am Ziel. Als der neue Präsident Putin begann, das Land aus dem Chaos der Jelzin-Jahre zu führen, der Plünderung ein Ende zu setzen, den politischen Einfluss der Oligarchen zurückzudrängen, Wirtschaft und staatliche Strukturen des Landes wiederaufzurichten und ihm seine Würde und Bedeutung als Großmacht zurückzugeben, wurde er zur Zielscheibe: Putin stand den Interessen des Westens im Weg.

Entgegen allen Zusicherungen drang die NATO immer weiter vor Richtung Russland. Das Ziel war eine hochgerüstete Ukraine als antirussischer Rammbock. Diesem Ziel diente der faschistische Maidan-Putsch 2014, abgesegnet u.a. auch durch den deutschen Außenminister Steinmeier.

Die Eskalation des Ukraine-Konflikts und die systematische Negierung legitimer russischer Sicherheitsinteressen sollte Russland zum Einschreiten in den Krieg zwingen, den Kiew seit dem Putsch 2014 gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbass führte und der über 13.000 Todesopfer gefordert hatte.

Alle russischen Bemühungen für eine friedliche Beilegung des Konflikts wurden vom Westen torpediert. Kiew hatte die militärische Rückholung des Donbass und der Krim angeordnet und zum Jahreswechsel 21/22 seinen Aggressionskrieg mit seinen Neonazi-Bataillonen gegen Donezk und Lugansk erheblich ausgeweitet und intensiviert.

Mit konkreten Vorschlägen für Verträge über gegenseitige Sicherheitsgarantien mit den USA und der NATO versuchte die russische Regierung noch im Dezember 2021 die Situation zu entschärfen und die Grundlage für ein friedliches Miteinander zu schaffen.

Dazu erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg wörtlich: *„Putin wollte, dass die NATO auf eine Erweiterung verzichtet (...) Das haben wir natürlich nicht unterschrieben (...) Also zog er in den Krieg, um die NATO, noch mehr NATO, an seinen Grenzen zu verhindern.“*

Die Fakten und Einzelheiten der vom Westen bewusst organisierten Eskalation mit dem Ziel Russland zu schwächen und zu dezimieren, sind inzwischen in zahllosen Berichten und Aussagen auch westlicher Insider nachzulesen.

Doch diese Vorgeschichte wurde und wird von Politik und Medien systematisch verschwiegen. Nur ohne ihre Kenntnis lässt sich die antirussische Kriegspolitik aufrechterhalten.

Friedensbewegung in der Defensive

Die Friedensbewegung hatte sich 2014 bereits selbst gelähmt, mit ihrem NATO-kompatiblen Distanzierungsritual von der „völkerrechtswidrigen Annexion der Krim“, das auf der Ignoranz bzw. dem Umschreiben der Geschichte basierte. Sie ließ sich vom

Anti-Putin-Tsunami, der damals seinen ersten Höhepunkt erreichte und die Angst als "Putin-Versteher" gebrandmarkt zu werden, einschüchtern.

Als Russland der NATO am 24. Februar 2022 deutlich machte *„bis hierher und nicht weiter“,* versagte die Friedensbewegung. Im Eiltempo und unter Auslassung wesentlicher Fakten und wichtiger Bestimmungen des Völkerrechts, verurteilte sie in ihrer Mehrheit den „völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg“, oft mit dem Zusatz „brutal“ oder „durch nichts zu rechtfertigen“.

Die Verurteilung Russlands als Aggressor wurde zum neuen Gesslerhut, den viele aus der Friedensbewegung und linken Organisationen meinten grüßen zu müssen, um *„glaubwürdig“* und nicht *„angreifbar“* zu sein. Damit hat sich die Friedensbewegung von Anfang an selbst in die Defensive gebracht.

Grundlegende Aufgabe der Friedensbewegung ist die Aufklärung der Bevölkerung gegen die Lügen der Kriegstreiber, d.h. sie muss Ursachen und Verantwortlichkeiten klar benennen, Forderung deutlich adressieren und Position beziehen.

Sie hätte die Offensive ergreifen müssen, um der Bevölkerung klar zu machen, dass die Bundesregierung durch ihre offizielle Absegnung des faschistischen Maidan-Putsches und durch ihre hinterhältige Sabotage von Minsk II am Krieg mitschuldig ist und dass die NATO im April 2022 die Istanbul-Vereinbarung zur sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen verhindert hat.

Eine Friedensbewegung, die sich auf den Antifaschismus beruft, hätte die Regierung in Erklärungsnot bringen müssen, indem sie in Reden und Aufrufen immer wieder den Skandal thematisiert, dass ausgerechnet Deutschland politisch, finanziell und militärisch ein Regime in Kiew unterstützt, das mit russophoben Neonazis durchsetzt ist, das SS-Kollaborateure und Massenmörder als Nationalhelden feiert und in deren Armee Neonazi-Bataillone kämpfen. Bundeskanzler Scholz kannte in seinem Geschichtsrevisionismus keine Roten Linien und erklärte die Unterstützung dieser Ukraine im Krieg gegen Russland als „Vermächtnis des 8. Mai“.

Während deutsche Politiker mit „Slawa Ukraini!“ dieses Kiewer Regime beklatschten, mobilisierte die Bundesregierung gemeinsam mit den Mainstreammedien Hunderttausende auf die Straßen „im Kampf gegen rechts“. Es ging insbesondere um die Abschreckung von AfD-Sympathisanten und anderer Kräfte, die sich dem antirussischen Mainstream widersetzten. Dem schlossen sich u.a. „Links“-Partei, Gewerkschaften, Kirchen, diverse Organisationen, die sich als „antifaschistisch“ bezeichnen, an. Es war eine Warnung an die Friedensbewegung zur Verhinderung einer breiten Front gegen die russophobe Politik.

Der Vorwurf „rechts-offen“ und die „Kontaktschuld“ diente der Einschüchterung. Also errichtete die Friedensbewegung ihre eigene Brandmauer vor allem gegen jene widerständigen Kräfte, die aus der Bewegung gegen die antidemokratischen Corona-Maßnahmen kamen und den Kampf für Frieden aufgenommen hatten, wie auch gegen viele Ostdeutsche, die monatelang jeden Montag gegen die antirussischen Sanktionen und für Frieden mit Russland demonstrierten.

Der notwendige Widerstand der „alten“ Friedensbewegung blieb aus

Mit der Übernahme des NATO-Mantras vom „völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg“ hatte die Friedensbewegung – wie Albrecht Müller, der Herausgeber der NachDenkSeiten bereits im Juli 2022 anmerkte – dazu beigetragen *„Vorurteile und Aggressionen gegen Russland“* zu verstärken.

Über drei Jahre lang, hat die „alte“ Friedensbewegung – mit wenigen Ausnahmen – die völlig enthemmte Anti-Russland-Hetze der Regierung hingenommen, die jede antisoziale und antidemokratische Maßnahme mit „Putin“ rechtfertigt. Politiker und Medien, die jegliches Schuld- und Schamgefühl über die eigene deutsche Geschichte abgelegt haben, übertrafen sich gegenseitig in ihrem antirussischen Fanatismus.

Historische Amnesie und Geschichtsrevisionismus soll das Unternehmen Barbarossa vergessen machen. „Russland darf nicht siegen“, verkündeten Politiker, die Stalingrad nicht verwinden können. Die Russophobie und der Revanchismus aus den Jahren der alten BRD konnten im heutigen Großdeutschland problemlos reaktiviert werden. Der Mangel an Opposition hat es der Regierung leicht gemacht die faschistoide antirussische Hetze bis zur Hysterie, bis zum Wahnsinn zu treiben.

NATO/EU und Bundesregierung propagierten den Krieg der Ukraine als ihren eigenen Krieg gegen Russland. Das war praktisch, dienten doch Ukrainer als Kanonenfutter, während die westlichen Kriegstreiber sie lobend aus sicherer Distanz anfeuern konnten.

Wieso mit Putin verhandeln, wenn man ihn mit vereinter Kraft des Westens durch Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an Kiew auf die Knie zwingen könnte. Drei Jahre lang hatten sie täglich den nahen Sieg Kiews verkündet. Doch er kam und kam nicht. Stattdessen kam Donald Trump und brachte alle Gewissheiten durcheinander.

Das „Narrativ“ musste neu gesponnen werden. Nach der Eroberung der Ukraine werde Putin nach Westen weitermarschieren. Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden – vom Kindergarten bis zum Friedhof.

Die selbstverschuldete marode Wirtschaft muss auf Kriegswirtschaft umgestellt werden. Der soziale Krieg gegen die eigene Bevölkerung zugunsten der Hochrüstung und zum Profit der Rüstungskonzerne, Wehrpflicht und Militarisierung aller Bereiche benötigen den „äußeren Feind“: die „russische Bedrohung“

Diese wächst anscheinend stündlich mit der Verkündung immer extremerer Absurditäten, die Putin zugeschrieben werden und mit der die Bevölkerung in einen Zustand der Angst versetzt werden soll, um sie gefügig zu machen

Das wurde mit Corona erfolgreich durchexerziert. Diffamierung, Ausgrenzung und die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung jener, die sich der konzertierten antirussischen Desinformation widersetzen, dienen der Einschüchterung.

Mit ihren Gleichgesinnten in der EU und NATO bereitet die Bundesregierung die direkte Militärkonfrontation gegen Russland vor. Die Bevölkerung muss davon überzeugt werden, dass Hochrüstung und ihre sozialen Folgen, Wehrpflicht und Militarisierung notwendig sind, um dem Dämon Putin zu begegnen.

Wird die Friedensbewegung endlich die Konsequenzen ziehen?

Mit den sozialen Folgen der „Kriegsertüchtigung“ wachsen die Bereitschaft zum Kampf gegen den Sozialabbau und die Militarisierung und die Hoffnung, die früheren Bündnispartner der alten Friedensbewegung wieder zu gemeinsamen Massenaktionen zusammenzubringen, nach dem Muster der 80ger Jahre – damals allerdings unter völlig anderen politischen Bedingungen.

Ein schwieriges Unterfangen, denn erhebliche Teile haben sich in den letzten Jahren auf die Seite der NATO geschlagen oder tragen aktiv in der einen oder anderen Form zur antirussischen Stimmungsmache bei. Um das alte „breite“ Bündnis wieder herzustellen, gibt es Bestrebungen, Militarismus, Wehrdienst und die Hochrüstung mit ihren sozialen Folgen zur gemeinsamen Basis zu machen, **unter Umgehung des zentralen Knackpunkts: Die antirussische (anti-Putin) Hetze.**

Nur: Wie soll die Friedensbewegung die Maßnahmen der Regierung zur Kriegsfähigkeit gegen Russland effektiv bekämpften, wenn sie ihr deren **politische Rechtfertigung** nicht entzieht?

Die Lüge von der russischen Bedrohung durch Putin ist der Treibstoff für Hochrüstung und für die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Bereiche auf Kriegsfähigkeit. Die Friedensbewegung muss diese Bedrohungslüge entlarven, um die Bevölkerung aufzuklären und zu mobilisieren.

Sie versucht derzeit mit vergleichender Erbsenzählerei von Waffen, Truppen und Militärbudgets nachzuweisen, dass Russland wegen seiner „Unterlegenheit“ kein NATO-Land angreifen würde. Ein unpolitisches und schwaches Argument gegen die Kriegstreiber.

Nato-Generalsekretär Rutte hatte vor kurzem erklärt, die NATO sei Russland militärisch „unendlich überlegen“. Folglich fragte Florian Warweg in der Bundespressekonferenz, wie – angesichts dieser „unendlichen Überlegenheit der NATO“ – die Bundesregierung ihre massive Aufrüstung rechtfertige. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, nicht das strategische Kräfteverhältnis sei relevant, relevant sei die ständige Bedrohung des aggressiven Russlands.

Die Friedensbewegung muss die entscheidende Frage stellen: Welches Interesse hätte das größte Land der Welt mit seinem ungeheuren Reichtum an Rohstoffen, ein NATO-Land bzw. Deutschland anzugreifen? Warum sollte Russland einen Krieg mit der NATO riskieren?

Die Friedensbewegung muss endlich den Mut haben, die antirussische Aggressionspolitik als zentrales Problem zu benennen und die Bevölkerung aufklären, wer wen bedrohte und weiterhin bedroht.

Sie muss Zusammenhänge aufzeigen und sich selbst klar werden, wer in den geopolitischen Auseinandersetzungen welche Interessen verfolgt.

Der Eurozentrismus, der durch die EU noch weiter verengt wird, beeinflusst auch die Friedensbewegung. Viele scheinen nicht zu erkennen, dass die Tatsache, dass Putin am 24. Februar 2022 dem kollektiven Westen die Stirn bot, wie ein Katalysator wirkte und die Dynamik des Kampfes gegen die US-geführte Hegemonie beschleunigte, die so viel

Elend und Leid über die Welt gebracht hat. Es hat Ländern im globalen Süden, insbesondere in Afrika, unmittelbar neuen Aufrieb gegeben in ihrem Kampf gegen den europäischen Neokolonialismus.

Sie hatten schon lange die westlichen Belehrungen und die moralische Hybris satt. Um es bildlich auszudrücken: Wie Gockel mit geschwellter Brust krähen EU-Politiker ihre „westlichen Werte“ in die Welt – und merken nicht, dass die Welt auch den Misthaufen sieht, auf dem sie stehen.

Immer mehr Länder suchen oder vertiefen ihre Kooperation mit Russland, China und den Bündnissen BRICS und Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Die internationale Entwicklung in Richtung einer multipolaren, demokratischen Weltordnung, auf der Basis der souveränen Gleichheit aller Nationen, muss noch viele Probleme überwinden, aber kann nicht mehr aufgehalten werden.

Die Friedensbewegung muss sich entscheiden, wo sie steht und sie muss der Bevölkerung deutlich machen: Nicht Russland ist unser Feind, sondern die Lüge, die Geschichtsfälschung, Verantwortungslosigkeit, der Größenwahn und der völlige Realitätsverlust der NATO/EU und allen voran der deutschen Regierung.

Für Frieden und Freundschaft mit Russland!

George Pumphrey
Russlands Intervention und das internationale Recht (1. September 2024)[I]

"Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine". Dieses NATO-Narrativ hat sich als allgemeingültige Meinung durchgesetzt. Auch für die Friedensbewegung scheint der Fall weitgehend klar zu sein.
Obwohl die UN-Charta[II] zur Nichtanwendung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten aufruft, nennt sie auch Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Gewalt. Diese müssen daraufhin geprüft werden, ob sie für die Anwendung von militärischer Gewalt durch Russland zutreffen.
Schon der Passus, der die Anwendung von Gewalt verbietet, Artikel 2 Ziffer 4 (der so oft zitiert wird, um Russland der Aggression zu bezichtigen), wird gewöhnlich aus dem Zusammenhang gerissen. Artikel 2 Ziffer 4 steht jedoch nicht allein, sondern ist eingebettet in einen Komplex von anderen Verpflichtungen, die ebenfalls erfüllt werden müssen. Die Ziffern 1, 2 und 3 bilden den Kontext für Ziffer 4. Diejenigen, die sich an das Nato-Narrativ halten, wenden jedoch Ziffer 4 AUSSCHLIESSLICH auf Russland an. Die UN-Charta gilt jedoch für ALLE Konfliktparteien.
Artikel 2 "Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

Ziffer 1: Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

Ziffer 2: Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

Ziffer 3: Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Ziffer 4: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
Während Artikel 2 Ziffer 4 ausschließlich auf Russland angewandt wird und auf den Eintritt russischer Truppen in den laufenden Krieg in der Ukraine datiert wird, werden die Vorgeschichte und die Aktivitäten der anderen Parteien des Ukraine-Konflikts absichtlich verschwiegen.

<u>Zu Ziffer 1</u>: Russland hat wiederholt gegen das Vorrücken der NATO einschließlich der Verlagerung von Waffenvorräten bis an seine Grenzen protestiert, ebenso gegen die zunehmende Zahl von Manövern mit dem ausdrücklichen Ziel, die Kriegsführung gegen Russland zu üben einschließlich dem Einsatz von Atomwaffen.[III]
Die NATO nahm die Beschwerden Russlands lediglich mit einem Achselzucken zur

Kenntnis und erklärte, die Manöver seien rein defensiver Natur. Auch wenn es wenig Sinn machte, die Beschwerden vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, da drei der fünf ständigen Mitglieder auch Mitglieder der NATO sind – Moskau tat es trotzdem.

Zu Ziffer 3: Die russische Regierung hatte sich bis zum letzten Augenblick für eine friedliche Lösung des Konflikts im staatlichen Rahmen der Ukraine eingesetzt, wie es im Minsker Abkommen vorgesehen war.
Am 17. Februar 2015 hatte der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 2202 (2015)[IV] das Minsker Abkommen als völkerrechtlich verbindlich anerkannt, das unter anderem auch einen Sonderstatus für den Donbass vorsah. Als Garantiemächte sollten Deutschland, Frankreich und Russland für seine Umsetzung sorgen.
Das zentrale Element von Minsk II war der direkte Dialog zwischen Kiew und den Vertretern der Volksrepubliken im Donbass, zu dem letztere bereit waren. In einem Schreiben[V] an den russischen Außenminister Sergei Lawrow im November 2021 erklärten Deutschland und Frankreich, dieses zentrale Element nicht mehr zu unterstützen. Es war die faktische Aufkündigung des völkerrechtlich verbindlichen Minsker Abkommens. Damit wurde die Lösung des Konflikts im Rahmen der staatlichen Einheit der Ukraine unmöglich gemacht. Später, auf einer Pressekonferenz im September 2022[VI] wies Außenminister Lawrow darauf hin, dass auch der UN-Generalsekretär nicht „aktiv genug die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen unterstützt hat".
Präsident Poroschenko,[VII] ukrainischer Unterzeichner des Minsker Abkommens, erklärte im November 2022, eine friedliche Beilegung des Konflikts sei nie das Ziel gewesen. Er habe das Minsker Abkommen gebraucht, „um das ukrainische Militär zusammen mit der NATO auszubilden. Um die besten Streitkräfte in Osteuropa zu schaffen, die nach NATO-Standards ausgebildet wurden."
Dass dies ebenso die Absicht der Garantiemächte Deutschland und Frankreich war, bestätigten kurz danach auch deren damalige Verantwortliche. Angela Merkel,[VIII] die ehemalige Bundeskanzlerin, gab freimütig zu: „Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Es war uns allen klar, dass das ein eingefrorener Konflikt war, dass das Problem nicht gelöst war, aber genau das hat der Ukraine wertvolle Zeit gegeben."
François Hollande,[IX] ehemaliger französischer Präsident: „Seit 2014 hat die Ukraine ihre militärische Position gestärkt. (...) Es ist das Verdienst der Minsker Vereinbarungen, der ukrainischen Armee diese Möglichkeit gegeben zu haben. (…) Die Zeit, von der Putin dachte, sie sei ein Vorteil für ihn, erwies sich also in Wirklichkeit als Chance für die Ukrainer."
Der deutsche Generalmajor a. D. Harald Kujat, vormals Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses:
„Russland bezeichnet das verständlicherweise als Betrug. Und Merkel bestätigt, dass Russland ganz bewusst getäuscht wurde. Das (…) ist ein eklatanter Vertrauensbruch und eine Frage der politischen Berechenbarkeit. Nicht wegdiskutieren kann man allerdings, dass – in Kenntnis dieser beabsichtigten Täuschung – die Weigerung der ukrainischen Regierung [Selenskij], das Abkommen umzusetzen, noch wenige Tage vor Kriegsbeginn einer der Auslöser für den Krieg war. Die Bundesregierung hatte sich in der UNO-

Resolution dazu verpflichtet, das ‚gesamte Paket' der vereinbarten Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus hat die Bundeskanzlerin mit den anderen Teilnehmern des Normandie-Formats eine Erklärung zur Resolution unterschrieben, in der sie sich noch einmal ausdrücklich zur Implementierung der Minsk-Vereinbarungen verpflichtete. Das ist ein Völkerrechtsbruch (…) Der Schaden ist immens. Man muss sich die heutige Situation einmal vorstellen. Die Leute, die von Anfang an Krieg führen wollten und immer noch wollen, haben den Standpunkt vertreten, mit Putin kann man nicht verhandeln. Der hält die Vereinbarungen so oder so nicht ein. Jetzt stellt sich heraus: Wir sind diejenigen, die internationale Vereinbarungen nicht einhalten."[X]

Im März 2021, ein Jahr bevor Russland in den Ukraine-Krieg eintrat, unterzeichnete der ukrainische Präsident Selenskij ein Dekret[XI] zur MILITÄRISCHEN Rückholung des Donbass und der Krim. Selenskij wies die Regierung an, einen "Aktionsplan" für dessen Umsetzung auszuarbeiten. Dieses Dekret wurde für eine ukrainische Armee erlassen, die von NATO-Kräften bewaffnet, ausgebildet und auf NATO-Standard gebracht worden war. Die Krim ist russisches Territorium. Dieses Dekret war also eine de facto Kriegserklärung an Russland.

Der Kommunikationsdirektor des US-Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby,[XII] prahlte damit, wie "in den letzten acht Jahren - die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und andere Verbündete – wirklich geholfen haben, die Ukrainer auszubilden (...)" und die ukrainische Armee von "einem [Militär] aus der Sowjetära (...) in eine Armee umgewandelt haben, die viel westlicher ausgerichtet ist."

So hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Anfang Juli 2022 zugegeben, dass der Vorstoß der NATO nach Osteuropa seit 2014 speziell mit Blick auf Russland erfolgt sei. "Die Realität ist auch, dass wir uns seit 2014 darauf vorbereitet haben", sagte Stoltenberg. "Das ist der Grund, warum wir unseren Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses erhöht haben, warum die NATO-Verbündeten begonnen haben, mehr in die Verteidigung zu investieren, und warum wir [unsere] Bereitschaft erhöht haben."[XIII]

Stoltenberg wurde während der Pressekonferenz vor dem Ministertreffen am 13. Februar 2023 noch deutlicher, als er in Bezug auf den Krieg in der Ukraine erklärte: "Er [der Krieg in der Ukraine] hat gerade gezeigt, wie wichtig die NATO ist und wie wichtig sie gewesen ist. Tatsächlich hat die NATO seit 2014 die größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung (sic) in einer Generation durchgeführt, denn der Krieg hat nicht im Februar letzten Jahres begonnen. Er begann im Jahr 2014."[XIV]

Dies ist der eindeutigste Beweis dafür, dass der Krieg in der Ukraine nicht mit der Intervention Russlands am 24. Februar 2022 in diesen Krieg begann, sondern bereits 2014 mit dem US-geführten Putsch, der Faschisten an die Macht gebracht hatte. Im Januar 2023 erklärte James Bierman, ein hochrangiger General der US-Marines, gegenüber der Financial Times, dass die Erfahrungen, die die NATO bei der Vorbereitung der Ukraine auf einen Krieg gegen Russland gemacht hat, nun auch auf Taiwan angewandt werden, um sie gegen die Volksrepublik China einzusetzen: "Warum sind wir in der Ukraine so erfolgreich? Das liegt zum großen Teil daran, dass wir nach der russischen Aggression [sic] in den Jahren 2014 und 2015 ernsthaft begonnen haben, uns auf künftige Konflikte vorzubereiten: Ausbildung der Ukrainer, Bereitstellung von Nachschub, Identifizierung von Standorten, von denen aus wir Unterstützung leisten und Operationen aufrechterhalten könnten. Wir nennen das "den

Schauplatz festlegen". Und wir sind dabei, den Schauplatz in Japan, auf den Philippinen und an anderen Orten festzulegen."[XV]

Was Bierman als "russische Aggression" bezeichnet, ist in Wirklichkeit die Tatsache, dass die Bevölkerung der Krim und der Russischen Föderation die NATO von ihrem Plan abbrachte, Sewastopol zu erwerben – um damit Russland einer seines ganzjährigen Warmwasser-Marinestützpunktes zu berauben. Die NATO hatte geplant, dass die Ukraine Russlands Pachtvertrag für den Stützpunkt aufkündigt, damit sie den Stützpunkt übernehmen kann für einen Krieg gegen Russland.

Das vom Westen aufgekündigte völkerrechtliche Abkommen Minsk II, die provozierenden Ankündigungen über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und deren nukleare Bewaffnung und die zunehmende militärische Aufrüstung des Landes verschärften die Spannungen mit Russland. Am 8. Februar 2022 hatte die NATO-Denkfabrik Atlantic Council in einem Strategiepapier empfohlen: "Das Ziel Washingtons sollte die Vertreibung der Russen aus der Ostukraine sein."[XVI]

Die russische Regierung hatte vergebens auf die politische Einsicht ihrer "Kollegen" gehofft und im Rahmen des Minsker Prozesses darauf bestanden, Donezk und Lugansk mit einem Sonderstatus in die Ukraine zurückzuführen. Es sei ein Fehler gewesen, wie Präsident Putin heute meint. "Russland hätte die Donbass-Republiken früher anerkennen sollen."[XVII] Es hätte womöglich viel Leid erspart. Aber natürlich hätte es Russland nicht vor dem Geschrei aus dem Westen – und Anschuldigungen auch aus der Friedensbewegung – bewahrt, dass dies "völkerrechtswidrig" sei.

Mit konkreten Vorschlägen für Verträge mit den USA und der NATO über Sicherheitsgarantien hatte die russische Regierung noch im Dezember 2021 versucht, die Situation zu entschärfen und die Grundlage für ein friedliches Miteinander zu schaffen.[XVIII]

Als Kiew im Januar/Februar 2022 den Aggressionskrieg durch die Konzentration seines Militärs mit seinen Neonazi-Bataillonen an den Grenzen von Donezk und Lugansk erheblich ausweitete, als die Artillerieangriffe gegen die dortige Bevölkerung immer intensiver wurden, als die USA/NATO immer noch keine konstruktive Antwort auf die russischen Vorschläge gegeben hatte, machte die russische Regierung laut einer Pressemitteilung[XIX] am 17. Februar einen letzten Versuch, den bevorstehenden massiven Überfall der Kiewer Truppen zu verhindern und eine friedliche Lösung herbeizuführen. Moskau warnte: "Sollte die amerikanische Seite nicht bereit sein, feste, rechtlich verbindliche Garantien zu vereinbaren, um unsere Sicherheit vor den USA und ihren Verbündeten zu gewährleisten, wird Russland gezwungen sein, zu reagieren, auch mit militärtechnischen Maßnahmen." Die Autoren des Buches "Endspiel Europa"[XX], Ulrike Guérot und Hauke Ritz, liefern in ihrem Kapitel "Wer hat den Krieg begonnen?"[XXI] eine Chronologie der Konflikteskalation vor allem auf Seiten der Ukraine und ihrer Nato-Verbündeten gegen die Donbass-Republiken und Russland. Sie notieren, dass am 14. Februar 2022 Präsident Joe Biden erklärte, dass er einen Angriff Russlands auf die Ukraine am 16. Februar erwarte." (...) Tatsächlich begann am 16. Februar 2022 ein immer stärkerer Beschuss der Republiken Donezk und Lugansk durch die Ukraine. Am 18. Februar war der Beschuss gegenüber dem 14. Februar bereits um das 34-Fache gestiegen. Für den Fall, dass die Ukraine selbst eine Offensive geplant hätte, wäre zu erwarten gewesen, dass diese ganz ähnlich begonnen hätte, nämlich mit

massivem Artilleriebeschuss. In gewisser Weise könnte man deshalb ebenso den 16., 17. oder 18. Februar zum Tag des Kriegsbeginns erklären."[XXII] Dies ist ein Hinweis darauf, dass es sich um eine koordinierte Bemühung handelte, Russland zum Eingreifen zu provozieren, um dann Russland "Aggression" vorzuwerfen. Die gesamte Vorgeschichte der Intervention – einschließlich der vorangegangenen acht Jahre Krieg – wurde unter den Teppich gekehrt.

George Beebe, ehemaliger Direktor der Russland-Abteilung der CIA, blickt zurück: "Die Wahl, vor der wir in der Ukraine standen – und ich nutze absichtlich die Vergangenheitsform – war, ob Russland sein Veto zu einer NATO-Beteiligung in der Ukraine am Verhandlungstisch oder auf dem Schlachtfeld ausüben würde. Und wir entschieden uns, dafür zu sorgen, dass das Veto auf dem Schlachtfeld ausgeübt wird, in der Hoffnung, dass Putin sich entweder zurückhält oder der Militäreinsatz scheitert."[XXIII]

Die USA/NATO/EU hatten kein Interesse an einer friedlichen Lösung. Die Strategie war, Russland zu schwächen und zu dezimieren.

Das Schreckgespenst der Ukraine - mit ihrem faschistischen, russophoben Regime – als NATO-Mitglied, bewaffnet mit NATO-Waffen, die Moskau in wenigen Minuten erreichen können, ist eine von den USA (NATO) bewusst gesetzte Drohung, um einen Krieg vor allem zwischen Moskau und den europäischen NATO-Partnern zu provozieren.

In den 1960er Jahren hatten die USA bereits etwas Ähnliches unternommen, indem sie nukleare Mittelstreckenraketen in Italien und der Türkei stationierten, die Moskau in wenigen Minuten erreichen konnten. Erst als die Sowjetunion mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba antwortete, erklärten sich die USA bereit, ihre landgestützten Raketen vom europäischen Kontinent abzuziehen, wenn die Sowjetunion im Gegenzug ihre Raketen aus Kuba abzieht. (Im NATO-Westen wird gewöhnlich nur eine Hälfte dieser Geschichte erzählt.)

In Anbetracht der Tatsache, dass der Anwendung militärischer Gewalt durch Russland die absolute Weigerung vorausging, über eine friedliche Lösung zu verhandeln, selbst nach der Warnung, dass Moskau militärische Maßnahmen zur Beseitigung der Bedrohung ergreifen würde, einerseits und des ständig wachsenden militärischen Drohpotentials gegen Russland andererseits, scheint dies ein prima facie Fall der Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta zu sein.

Artikel 51: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“[XXIV]

Es gibt noch ein weiteres Argument, das allerdings in diesem Konflikt unzutreffend ist: Russlands Anerkennung der beiden Donbass-Republiken und die Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand. Es wird argumentiert, dass die Anerkennung der Volksrepubliken Donbass als souveräne Staaten durch Russland – die Voraussetzung

für ein Beistandsabkommen – nicht unter das Völkerrecht fällt. Ein Beispiel für diese Argumentation: "Selbst wenn aus Donezk und Lugansk Bitten gekommen sind, den „Volksrepubliken“ zu helfen, ist das nicht relevant. Es kann keine einzelne Region eines Staates einen anderen Staat zur Intervention auffordern."[XXV]

Zunächst einmal beruht dieses Argument auf einem falschen Bild der Situation, in der sich die Ukraine seit dem Maidan-Putsch im Jahr 2014 befindet. Klaus Hartmann, Präsident der Weltunion der Freidenker und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes machte darauf aufmerksam: "Die Argumente, mit denen Russland Völkerrechtsbruch nachgewiesen werden soll, gehen abstrakt von der Prämisse aus, dass Russland aus heiterem Himmel ein Stück eines souveränen Staats abgetrennt hätte. Was dagegen wirklich in der Ukraine geschehen war: durch einen gewalttätigen Putsch wurde die rechtmäßig gebildete und international anerkannte Regierung in Kiew gestürzt. NATO-treue Kräfte unterstützten diesen Gewaltakt über verschiedene Kanäle. (…) "Dies stellte eine verdeckte NATO-Aggression gegen die Ukraine dar. Sofort zeigte sich, dass die Putschregierung über große Teile des Landes keine Kontrolle hat. Trotzdem wurde sie im Eilverfahren von den USA, den NATO- und EU- Staaten als legitime Vertretung der Ukraine anerkannt. Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wurden durch die NATO-Regierungen verletzt. "Denn es waren die USA, die NATO und die EU, die dadurch faktisch einen Teil der Ukraine unter ihren Einfluss brachten, unter Bruch des Völkerrechts und der ukrainischen Verfassung. („,)

• Die Sezession der Donbass-Republiken ist kein Verstoß gegen das Völkerrecht, denn dies ist eine innerstaatliche Angelegenheit, zu der das Internationale Recht naturgemäß nichts sagt.

• Sie verstößt wahrscheinlich gegen die ukrainische Verfassung, doch diese wurde von den Putschisten suspendiert.

• Die russische Anerkennung verstößt auch nicht gegen das Völkerrecht, und an die ukrainische Verfassung ist Russland nicht gebunden.

• Nach den anschließend angenommenen Verträgen über Beistand und Freundschaft zwischen Russland und den Donbass-Republiken waren die Bedingungen für die Wahrnehmung des Rechts auf Selbstverteidigung gem. UN- Charta gegeben. (…)“[XXVI]

Konkret geht es um die Frage, ob unabhängige Staaten und Gebiete, die noch nicht international anerkannt sind, Anspruch auf Schutz durch die Charta haben. In Artikel 7 der Resolution 3314 (XXIX) der Erklärung der UN-Generalversammlung "Definition der Aggression" heißt es:

"Diese Definition, insbesondere ihr Artikel 3, kann in keiner Weise das sich aus der Charta herleitende Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von Völkern beeinträchtigen, die dieses Rechtes gewaltsam beraubt wurden (...) insbesondere nicht von Völkern unter kolonialen oder rassistischen Regimen oder anderen Formen der Fremdherrschaft; noch das Recht dieser Völker, im Einklang mit den Grundsätzen der Charta und in Übereinstimmung mit der genannten Erklärung, für dieses Ziel zu kämpfen und Unterstützung zu suchen und zu erhalten."[XXVII]

Die Donbass-Republiken hatten ihr Recht auf Unabhängigkeit bereits durch ihren achtjährigen erfolgreichen Kampf gegen das Militär des fremdbestimmte, faschistischen, russophoben Regimes in Kiew erkämpft. Sie waren jedoch bereit, unter bestimmten gesetzlich verankerten Garantien, wie in den Minsker Vereinbarungen festgelegt waren,

in den Machtbereich dieses Regimes zurückzukehren. Da weder Kiew noch seine westlichen Sponsoren bereit waren, diese Garantien zu erfüllen und stattdessen eine militärische Lösung des "Problems" vorzogen, fallen die Donbass-Republiken unter den Schutz von Artikel 7 der Resolution 3314 (XXIX). Sie hatten das Recht, verbündete Staaten um militärische Unterstützung zu bitten und diese auch zu erhalten.

I *Für eine Email-Kopie dieses Textes – pumphrey@ipn.de*

II *Die Charta der Vereinten Nationen, https://unric.org/de/charta/*

III *Die Atomkriegsübung der Bundeswehr, https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8410*

IV *Resolution 2202 (2015) vom 17. Februar 2015, https://www.un.org/depts/german/sr/sr_14-15/sr2202.pdf*

V *Kein Wort in den Medien: Der Westen hat das Minsker Abkommen beerdigt, https://anti-spiegel.ru/2021/kein-wort-in-den-medien-der-westen-hat-das-minsker-abkommen-beerdigt/*

VI *Pressekonferenz von Sergei Lawrow nach Rede vor der UN Vollversammlung in New York City, https://www.youtube.com/watch?v=fT322x9P-QY*

VII *Petro Poroschenko: "Ich habe die Minsker Abkommen gebraucht, um 4,5 Jahre Zeit zu haben" https://dert.online/kurzclips/video/154724-petro-poroschenko-ich-habe-minsker/*

VIII *"Hatten Sie gedacht, ich komme mit Pferdeschwanz?", https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler/komplettansicht*

IX *Hollande: 'There will only be a way out of the conflict when Russia fails on the ground', https://kyivindependent.com/hollande-there-will-only-be-a-way-out-of-the-conflict-when-russia-fails-on-the-ground/*

X *"Russland will verhandeln!", https://www.emma.de/artikel/russland-will-verhandeln-340083*

XI *Nato und Ukraine: „Wir bleiben wachsam", https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-li.150872*

XII *Biden administration sent weapons to Ukraine 'well before' invasion: Pentagon press secretary, https://www.foxnews.com/media/biden-administration-weapons-ukraine-invasion-pentagon-press-secretary*

XIII *NATO boss lets the cat out of the bag: US-led bloc has 'been preparing since 2014' to use Ukraine for proxy conflict with Russia, https://luuul.ru/uv/service/hvtrs8%2F-sueltp.qive-rwsqic%2F75%3A222%2Fjgnq-qtmlvelbgre-wkpaknkal-aitin-uap%2F*

XIV *NATO Secretary General pre-ministerial press conference, 13 FEB 2023, https://www.youtube.com/watch?v=Cyy1gPk_8rg*

XV *US military deepens ties with Japan and Philippines to prepare for China threat, https://www.ft.com/content/bf5362de-60a6-4181-8c2a-56b50be61383*

XVI *Global Strategy 2022: Thwarting Kremlin aggression today for constructive relations tomorrow, https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/report/thwarting-kremlin-aggression-today-for-constructive-relations-tomorrow/#h_v_goals*

XVII *Putin räumt Fehler in der Ukraine-Politik ein: "Hätten Donbass-Republiken früher anerkennen sollen", https://dert.online/europa/155559-putin-raeumt-fehler-in-ukraine/*

XVIII *Russland veröffentlicht Vertragstexte für Abkommen über Sicherheitsgarantien mit den USA und der NATO , https://anti-spiegel.ru/2021/russland-veroeffentlicht-vertragstexte-fuer-abkommen-ueber-sicherheitsgarantien-mit-den-usa-und-der-nato/?doing_wp_cron=1647901663.5741100311279296875000*

XIX *Russlands Antwort auf die Reaktion der USA zu gegenseitigen Sicherheitsgarantien, https://anti-spiegel.ru/2022/russlands-antwort-auf-die-reaktion-der-usa-zu-gegenseitigen-sicherheitsgarantien/*

XX *Ulrike Guérot, Hauke Ritz, Endspiel Europa, https://westendverlag.de/Endspiel-Europa/1605*

XXI *Wer hat den Krieg begonnen?, https://multipolar-magazin.de/artikel/ein-durchtrenntes-europaxxii ibid*

XXII

XXIII *Russia's Ukraine invasion may have been preventable, https://www.msnbc.com/opinion/msnbc-opinion/russia-s-ukraine-invasion-may-have-been-preventable-n1290831*

XXIV *Die Charta der Vereinten Nationen, https://unric.org/de/charta/*

XXV *Norman Paech: „Der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin erschwert mögliche Friedensverhandlungen", https://overton-magazin.de/top-story/norman-paech-der-haftbefehl-des-internationalen-strafgerichtshofs-gegen-putin-erschwert-moegliche-friedensverhandlungen/*

XXVI *Klaus Hartmann, Der Krieg in der Ukraine und wir, https://www.freidenker.org/fw17/wp-content/uploads/2022/04/Freidenker_2022-01_Hartmann-DerKriegInDerUkraineUndWir.pdf*

XXVII

Impressum

Herausgeber:
Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).
Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer
Geschäftsführer: Dieter Stiebert
Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030 2978 4225
Internet: www.grh-ev.org
E-Mail: grh-berlin@gmx.de
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstags & 1.Donnerstag im Monat, jeweils 9.00 Uhr bis14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.
Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das
Konto der GRH bei der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC BEVODEBB